

25. IV. 1916

Die Volksernährungsfragen.

In der Sitzung des Reichstagshauptausschusses machte, wie schon berichtet, der Präsident der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär Dr. Michaelis, über unsere Brotgetreidevorräte die Mitteilung, daß unsere Reserve von 400 000 To. sich bedeutend erhöht habe. Es habe sich herausgestellt, daß diese Reserve durch Minderbedarf der Heeresleitung um 80 000 To. gesunken sei; dazu kommen 97 000 To. aus Rumänien, d. s. 177 000 To. Dagegen dürften die zur Streckung des Brotgetreides erforderlichen Kartoffeln knapp sein.

Aus dem weiteren Verlauf der Beratung ist noch folgendes zu berichten:

Redner der Nationalliberalen und des Zentrums wünscht, daß Waldarbeitern, Berg-, Hütten- und Walzwerk-Arbeitern die erhöhte Brotportion belassen beziehungsweise gegeben werde.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis stellte dies in Aussicht und fügte hinzu, es werde auch möglich sein, den Landarbeitern für die Erntezeit die erhöhte Ration zuzumessen.

Redner der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie wünschten ebenfalls volle Offenheit in der Erörterung der Ernährungsfragen, der sozialdemokratische Redner schon aus dem Grunde, um die Phantasien des Auslandes, als könnten wir ausgehungert werden, zu zerstören. Es müsse dahin gestrebt werden, die Nahrungsmittel rechtzeitig an die Verbrauchsstellen zu bringen.

Ein volksparteilicher Redner betonte, daß viel Mißstimmung vermieden worden wäre, wenn man nicht von vornherein die Fiktion aufrecht erhalten hätte, die deutsche Landwirtschaft könne ausreichend das deutsche Volk ernähren. Die Uberschüsse sollten nicht zu sehr verzettelt werden. Im Beirat seien die Preiserhöhungen nicht gebilligt worden, der Redner fragt, ob sie irgendwelchen Einfluß auf die schnellere Ablieferung gehabt hätten. Das aus dem Auslande herein kommende Mehl sollte man der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen, dann würde keine Verwirrung eintreten. Der Präsident der Reichsgetreidestelle erwiderte, daß die Preiserhöhung eine Verdoppelung der täglichen Lieferung für die Zeit vom 15. Januar bis 15. April herbeigeführt habe.

Ein konservativer Redner betonte, der Krieg habe gezeigt, daß die deutsche Landwirtschaft mehr als man angenommen habe, die Ernährung des Volkes übernehmen könne. Die Erschwerung der Viehhaltung beruhe zum Teil auf dem ungenügenden Zollschutz auf heimische Futtermittel. Wenn man meine, die Landwirtschaft könne das Volk noch nicht ausreichend versorgen, so sollte man sie in Stand setzen, noch mehr zu erzeugen. Ein Zentrumsredner begrüßte die tröstlichen Ausführungen des Unterstaatssekretärs in Bezug auf die Getreidebestände und wünschte, daß die eingeführten Hülsenfrüchte auch den gemeinnützigen Einrichtungen des Südens zugute kämen. Der in manchen Städten herrschende Uberschuß an Kartoffeln sollte zur Brotstreckung verwandt werden. Eine gewisse Nachzahlung für die Haferlieferer sei schon deshalb notwendig, um das gestörte Vertrauen landwirtschaftlicher Kreise wieder zu stärken.

Ein volksparteilicher Redner führte aus, die Preiserhöhung habe nicht allein die schnellere Ablieferung bewirkt, und fragt, wie sie auf die Haferlieferung eingewirkt habe. Er halte es für richtiger, den später abliefernden Landwirten einen geringeren Preis zu zahlen, damit die spekulative Zurückhaltung unterbunden werde. Für eine Nachzahlung an die, die früher lieferten, könne die Volkspartei sich nicht aussprechen der Folgerungen wegen. Im kommenden Jahre müsse das Brotgetreide in vollem Umfange der menschlichen Ernährung vorbehalten werden. Der mangelnde Zoll für Futtermittel dürfe nicht als Grund für die ungenügende Fleischversorgung angeführt werden. Wären mehr Futtermittel angebaut worden, so wäre der Getreidebestand erst recht nicht aus-

reichend. Anzeigen über Lebensmittel sollten nicht unterdrückt werden, sondern man solle die dadurch zutage tretenden Bestände beschlagnahmen.

Staatssekretär Dr. Helfferich riet von einer Zolldebatte ab, stellte aber fest, daß in der verflochtenen Periode mit dem Zollschutz die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft an Getreide in erheblicher Weise gestiegen ist.

Ein sozialdemokratischer Redner wandte sich gegen die Bewilligung von Reports, die lediglich die spekulative Zurückhaltung förderten. Der Ausschlag der Kommunalverbände auf Mehl zur Erzielung von Uberschüssen sei zu beseitigen. Auch die Bäcker forderten vielfach in unzulässiger Weise hohe Preise für Brot. Unterstaatssekretär Dr. Michaelis erwiderte, das Mehl komme mit gewissen Verschiebungen an die Kommunen; wie der Brotpreis sich gestalte, sei deren Sache. Die Unterschiede im Brotpreis seien bedauerlich, könnten aber von der Reichsgetreidestelle nicht ausgeglichen werden. Vielleicht gelinge dies der neuen Stelle.

Ein nationalliberaler Redner brachte Klagen aus dem Süden vor, wo kleinere Landwirte, die Hafer rechtzeitig abgeliefert hätten, sich geschädigt fühlten, weil den Spätlieferern höhere Preise gezahlt wurden. Er wünschte weiter nähere Auskunft über die Lieferungen aus Rumänien.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter führte Klage über die Zurückhaltung von Kartoffeln auf dem Lande. Die Streckung des Mehles mit Kartoffelmehl sei nötiger, als die Aufzucht von Schweinen. Ein erhöhter Futtermittelzoll würde zu Ungunsten der Landwirtschaft und zum Nachteil der Getreideproduktion ausschlagen.

Ein konservativer verwies auf die sehr stark gestiegene Getreideproduktion, 21,4 Mill. To., und äußerte sich erneut zur Futtermittelfrage.

*